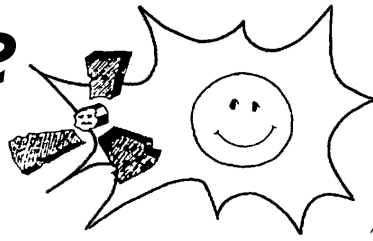


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

3/2014 Oktober

Gefährlich und wirtschaftlich unsinnig: Wieder einmal sind neue Reaktoren geplant!

Nun also wieder: neuer Reaktor nahe der österreichischen Grenze geplant. Nein, diesmal sogar in der Mehrzahl: **Drei neue Reaktoren sollen gebaut werden: einer in der Slowakei, in Bohunice** (das Scoping-Verfahren, bei dem die Nachbarländer das erste Mal Stellungnahmen zum geplanten Projekt abgeben können, läuft bereits; das ganze scheint also schon recht weit gediehen zu sein) **und zwei in Tschechien: in Temelín und Dukovany je einer.**

Die tschechische Regierung hat ja seit kurzem einen neuen nationalen Energieplan, der u.a. vorsieht, den Strombedarf in Zukunft zu 50% mit Atomstrom zu decken (derzeit: ca. 35%) – daher die Notwendigkeit der neuen Reaktoren (dass Kenner der Situation eher vermuten, dass der Strom aus den neuen Reaktoren exportiert werden soll, sei hier kurz erwähnt). Warum die tschechische Regierung denn statt Atomkraft nicht auf Erneuerbare Energien setzt?

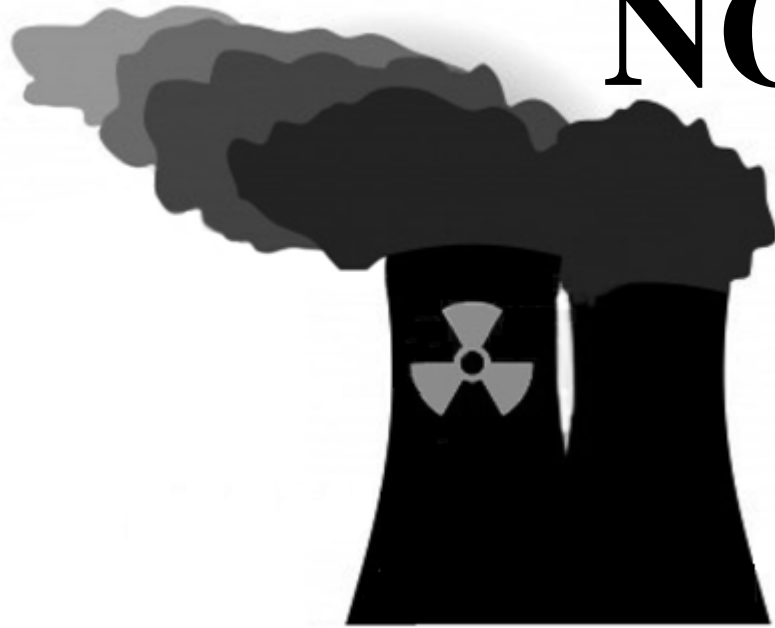
Die Erklärung mutet skurril an: Weil die Erneuerbaren sich nur dank hoher Subventionen am Markt behaupten könnten – wie bitte? Und Atomstrom wird nicht subventioniert!? Zur Erinnerung: Herrschte Kostenwahrheit, so wäre Atomstrom der teuerste Strom überhaupt: Allein die Prämien für die eigentlich erforderlichen (aber de facto lächerlich niedrigen) Versicherungen würden den Strompreis auf ein Vielfaches des derzeitigen Standes schnellen lassen. Die AKW-Betreiber profitieren also, wettbewerbsverzerrend, von fehlenden Versicherungen.

Außerdem von staatlichen Garantien für Mindest-Einspeisetarife, was die Zinsen für die erforderlichen Kredite sehr niedrig hält – wenn der Staat für einen Kredit geradesteht, ist die Bonität erstklassig und die Höhe der Zinsen entsprechend niedrig, weil das Ausfallrisiko gleich Null ist. Außerdem ist die Frage nach der Finanzierung der Abwrackung der AKWs nicht geklärt: Die AKW-Betreiber müssen zwar Rückstellungen dafür bilden, aber es ist jetzt schon klar, dass damit die tatsächlichen Kosten nicht annähernd gedeckt werden können; für den großen Rest muss der Staat geradestehen – also die Steuerzahler – also wir. Wir sind es auch und unsere Kinder und Kindeskinde bis in fernste Zeiten, die für die Kosten der Atom-müll-Lagerung aufkommen müssen – und obwohl dieses Problem noch lange nicht gelöst ist, ist jetzt schon klar, dass es Unsummen kosten wird, für die die Verursacher des Problems nicht

mehr aufkommen müssen – sie haben ihren Profit eingesteckt, uns mit dem ungelösten Problem und den Kosten zurückgelassen und sich aus dem Staub gemacht. **So etwas nennt man in der Wirtschaft „gute Geschäfte machen“. Man könnte es aber unter die größten Verbrechen der Menschheit rechnen: Die Welt für alle Zukunft verseuchen - für Profit. Dieses Verbrechen ist so groß, dass nicht einmal das Strafgesetzbuch es fasst.**

Eines ist sicher: Die nächste atomare Katastrophe kommt. Und jeder neue Reaktor in Mitteleuropa erhöht das Risiko, dass es das nächste Mal eben genau hier bei uns passiert. Und wer weiß, wenn wir Glück haben, sammeln dann gute Menschen in Amerika, Asien und Afrika Geld für dringend benötigte Medikamente für die krebs- und leukämiekranken europäischen Kinder ...

NO!



Schweiz: Löcher in die Schutzhülle eines AKW gebohrt

Die Bohrlöcher im Containment des Atomkraftwerks Leibstadt in der Schweiz haben vor allem deutsche Politiker aufgeschreckt. Sie forderten den Umweltminister von Baden-Württemberg auf, eine eigene Untersuchung anzuordnen und die Panne zu bewerten.

2008 hatten Arbeiter einer Fremdfirma im AKW Leibstadt in 28 Metern Höhe sechs daumennagelgroße Löcher zur Befestigung von Feuerlöschern in die Stahlwand der Primär-Sicherheitschülle gebohrt, die den Reaktordruckbehälter umschließt. Entdeckt wurden die wanddurchdringenden Löcher Ende Juni 2014. Inzwischen sind sie wieder verschweißt. Nun gehe es darum, das Vertrauen wieder aufzubauen und zu ergründen, wie die Panne passieren konnte, erklärte der Schweizer Kraftwerks-

leiter Andreas Pfeiffer in einer Pressekonferenz Anfang September.

Eine Pressesprecherin zeigt Verständnis dafür, dass sich nicht nur die Schweizer Öffentlichkeit für das Thema „Sicherheit in AKWs“ interessiert, sondern auch die deutsche. Diese sprach von „einem ungeheuerlichen Vorfall“. Portmann: „Wir möchten sicherstellen, dass so etwas nicht mehr vorkommen kann.“ (Aargauer Zeitung, 11. 9. 2014)

Die für uns wie eine Realsatire klingende Panne zeigt wieder einmal, warum diese Technologie in Menschenhand nicht sicher ist, und dass es durch menschliches Versagen leicht zu weitreichenden Umweltkatastrophen kommen kann.

Deutschland: Atomkonzerne wollen Risiko endlagern

Ein Atomkraftwerk abzureißen, ist fast so aufwendig, wie eines zu bauen. Mindestens 20 Jahre nimmt ein solches Projekt in Anspruch. Die Kosten werden mit ca. drei Milliarden Euro beziffert, können aber je nach Fall noch deutlich höher sein. Das heißt, dass den Betreibern aufgrund des deutschen Ausstiegs aus der Atomkraft 17 schwer kalkulierbare Kraftakte in Form abzuwrackender AKWs bevorstehen. Dazu kommen die ungelösten Fragen der Lagerung der Brennstäbe und der radioaktiv verseuchten Bauteile. Weder der Zeitraum noch die Erfordernisse für die Sicherheit solcher Lager sind bekannt! Niemand kann deshalb heute seriös abschätzen, wie viel solch ein Unterfangen kosten wird (zehn, dreißig Milliarden?).

Zwar müssen die drei Energieriesen E.On, RWO und EnBW dafür Rückstellungen bilden, aber diese Mittel werden nicht reichen. Warum nicht auf den Staat und damit auf den Steuerzahler abwälzen?! So gibt es den Vorschlag, eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu schaffen, in die sie diese Rückstellungen einbringen. Um die Stilllegung, die Lagerung und vor allem um das finanzielle Risiko soll sich dann der Staat, d.h. die Bürger, kümmern. Erste Gespräche über eine solche „Bad Bank“ habe es schon gegeben, berichten der „Spiegel“ und die Agentur Reuters.

Die Umweltpolitiker von SPD, Grünen und Linksparteien lehnen den Vorschlag entschieden ab, **sie erinnern an die vielen Milliarden, die der Staat zum Bau der Atomkraftwerke beigesteuert hat, sowie die hohen Gewinne, welche die Energiekonzerne lange mit Atomstrom erzielen konnten. Jedes andere Unternehmen dagegen muss für die von ihm verursachten Folgekosten und Altlasten aufkommen.**

Die Konzerne haben aber die deutsche Regierung auf Schadenersatz geklagt, da sie vorzeitig zur Stilllegung ihrer AKWs gezwungen werden. Durch die Energiewende wird zeitweise zu viel Strom produziert, das Überangebot drückt die Preise, die Ertragslage ist schlecht und die **für Rückstellungen benötigten Mittel sollten aus den Erträgen von Anlagen kommen, die aber stark an Wert verloren haben.** Wenn man sie schon der Verfügungsgewalt über ihre Mittel beraube, dann wollen sie auch die dazugehörigen Risiken loswerden, auch eine nach Meinung dieser Atomstrom-Konzerne ungerechtfertigte Brennelemente-Steuer müsse der Staat rückerstatten. Mit diesen Argumenten üben sie Druck auf die Regierung aus. (Quelle: u.a. Die Presse, 13. Mai 2014)

**Kein Atommüll-Endlager an Österreichs Grenze!
Unser Trinkwasser ab 2065 radioaktiv?**

Demo am Nationalfeiertag: Samstag, 26. Oktober von 10 bis 14 Uhr auf dem Michaelerplatz, 1010 Wien

Wir fordern eine unverseuchte Welt für uns und unsere Kinder!

Diabetikerprojekt Elternschulung



Ludmilla und ihr Projektteam betreuen und organisierten im August einen Erholungsaufenthalt für zwanzig diabetische Kinder in Deutschland. Dafür brauchte es mehrere Genehmigungen von den staatlichen Behörden, medizinische Untersuchungen und Bescheinigungen, aber auch Visa und Reisepapiere. Dank der Unterstützung und Zusammenarbeit mit einem Verein aus Deutschland kann dieser Aufenthalt jedes Jahr stattfinden.

Jetzt im September wird die Elternschulung geplant und organisiert. Dafür bittet uns der Verein „Freude den Kindern“ (das ist der neue Name, da das Wort „Tschernobyl“ skandalöserweise nicht mehr vorkommen darf!) **um finanzielle Unterstützung.** Diese Schulung wird

für Kinder im Alter von zwei bis neun Jahren und deren Eltern durchgeführt. In Weißrussland bedeutet die Diagnose „Diabetes“ noch immer ein großes Handicap, da das Wissen über Broteinheiten, die Wichtigkeit von Bewegung und damit verbunden über Energieverwertung, Insulingaben und vieles mehr selbst bei Ärzten nicht auf aktuellem Stand ist.

Unterstützen wir Ludmilla mit einer Spende, damit es auch in Weißrussland den Kindern möglich wird, gut mit dieser Krankheit zu leben!

Spendenkonto: PSK KNR 930 22 985, Kennwort „Leben mit Diabetes“

Liebe Leserinnen, liebe Leser! Sie erhalten dreimal kostenlos unsere Zeitung „Atomkraftfreie Zukunft“. Bitte nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr und **überweisen Sie uns eine Spende.** Falls nach dreimaligem Bezug keine Spende eingeht, müssen wir leider aus Kostengründen die Zustellung einstellen. Tut uns leid ..

Wenn Sie unseren **Newsletter** lesen wollen, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben.

Um unsere Aktivitäten auch weiter mit gutem Erfolg fortsetzen zu können, ersuchen wir unsere Leserinnen und Leser um die **Überweisung des Förderbeitrags von € 15.- für das Jahr 2014.**

Auch Spenden nehmen wir dankend an!

Besuchen Sie uns auf unserer Website:

www.atomkraftfreiezukunft.at

Anzeige

JETZT UMSTIEGEN AUF 100 % ÖKOSTROM

Der Vergleich mit einem herkömmlichen Stromanbieter lohnt sich!

1. Kontaktieren Sie uns, wir informieren Sie gerne.
2. Holen Sie sich Ihr unverbindliches Angebot.
Mit uns setzen Sie auf saubere Energie – frei von CO₂ und Atomenergie.
3. Wir übernehmen die gesamte Wechsel-Abwicklung für Sie.

A&E Naturstrom Vertrieb GmbH
A-9640 Kölschach-Mauthen 66
Tel: +43 (0)4715/222
Fax: +43 (0)4715/222-53
E-Mail: info@a&e.at, www.a&e.at

besuchen Sie uns auf



A&E
naturstrom

Kraft der Sonne

Sonnenwärmekraftwerke könnten in manchen Regionen einen Großteil des Stromverbrauchs decken und so einen großen Beitrag zur Energiewende leisten, berechneten Forscher des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg (NÖ). Dazu müssten die Kraftwerke koordiniert gebaut und betrieben werden, berichten sie im Fachblatt „Nature Climate Change“. Während Solarzellen Licht direkt in Strom umwandeln, wird bei Solarwärmekraftwerken mit konzentrierter Sonnenkraft eine Flüssigkeit aufgeheizt, die Turbinen zu Stromerzeugung antreibt.

Die Wärmeenergie könne aber auch gespeichert und erst später in Elektrizität umgewandelt werden. (Wiener Zeitung, 24. 6. 2014)

Die Katastrophe von Fukushima 2011 in Zahlen – Sendai wieder in Betrieb

- Es geriet 168-mal so viel Cäsium 137 in die Umwelt wie bei der Explosion der Atombombe auf Hiroshima im Jahr 1945.
- Alle zwei Millionen Bewohner der Katastrophenviertel Fukushima werden langfristig Gesundheitschecks unterzogen. Die Ärzteorganisation IPPNW befürchtet bis zu 60.000 zusätzliche Krebsfälle in der Region!
- Fukushima-Betreiber Tepco: Die vollständige Sicherung des AKWs wird bis zu 40 Jahre dauern. (www.greenpeace-magazin.de/tagesthemen 6. 3. 2014)
- Japans Atomaufsicht hat den Neustart zweier Reaktoren des AKW Sendai, das in der Nähe eines aktiven Vulkans liegt, bewilligt.
- Vor der geplanten Wiederinbetriebnahme hat die Regierung an die dort lebende Bevölkerung Jodtabletten verteilt. (Kronen Zeitung, 17. 7. 2014)



Die Wiener Plattform Atomkraftfrei bedauert den frühen Tod von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sehr. Sie zeigte im Jahre 2009 bei der Übergabe von Unterschriften als Frauenministerin großes Verständnis für unsere Sorgen und Anliegen.

Der Infostand der Wiener Plattform Atomkraftfrei steht jeden Mittwoch von 11.30 bis 15.30 in der Schottenpassage, Wien 1. **Wir freuen uns, wenn Sie uns besuchen!**



Mag.^a. Hanna Nekowitsch, Sprecherin der „Wiener Plattform Atomkraftfrei“

Renaissance der Atomkraft?

Redaktion: In Temelín, Dukovany (Tschechien), Bohunice (Slowakei) und in Paks (Ungarn) gibt es Pläne für Reaktor-Neubauten. Wie realistisch ist deren Umsetzung?

Hanna: Die Atomlobby spricht immer noch von einer Renaissance der Atomkraft, während Kritiker darauf verweisen, dass die Anzahl der AKWs weltweit seit Jahren zurückgeht. Die Tatsache, dass der Betrieb von AKWs höchst unwirtschaftlich ist und sich ohne hohe Subventionen einfach nicht rentiert, hat beispielsweise dazu geführt, dass der Ausbau von Temelin vorerst aufgeschoben wurde. Aber erst 2015 wird endgültig entschieden werden, ob an diesem Standort neue Reaktoren gebaut werden oder nicht.

Red.: Kann man davon ausgehen, dass all diese Pläne an der Finanzierung scheitern werden?

H.: Selbst wenn in Zeiten der Krise dieser Schluss naheliegt, wäre es leichtsinnig, sich beruhigt zurückzulehnen. Die geplanten Reaktoren in Paks sollen beispielsweise durch einen russischen Konzern finanziert werden. Das AKW-Neubauprojekt Hinkley Point in Großbritannien soll mithilfe eines garantierten, indexgesicherten Stromabnahmepreises für 35 Jahre ermöglicht werden, was einer Jahressubvention von mehr als 1 Milliarde Euro gleichkäme. All das sind letztlich illegale Beihilfen, die gegen das Wettbewerbsgesetz der EU verstoßen. Das darf die EU-Kommission nicht zulassen.

Red.: Welche Schritte sind auf NGO-Ebene geplant?

H.: Wir werden unser internationales Projekt **Donauraum Atomkraftfrei**, das von der NÖ Landesregierung gefördert wird, weiterführen und die Zusammenarbeit mit NGOs in den jeweiligen Ländern intensivieren. Ziel ist es, diese NGOs dabei zu unterstützen, die Bevölkerung vor Ort über die Gefahren der Atomkraft aufzuklären und auch konzertierte Aktionen durchzuführen. Wir müssen den Druck auf die Verantwortlichen erhöhen und verhindern, dass Subventionen durch die Hintertür AKW-Neubauten ermöglichen. Dazu braucht es eine breite, informierte Öffentlichkeit.